ANZEIGE
Genuss-Moment geschenkt – Mit Amex Platinum 60 000 Punkte und ein Weinset von Vergani sichern.

Überlasst die Landschaft nicht den Schlaumeiern, Futuristen und Fantasten.
BILD: ALAMY STOCK PHOTO

Röstis Stromausfall

Das neue Energiegesetz soll Wunder wirken: Es schützt das Klima, versorgt uns mit sicherem und günstigem Strom, verringert den Verbrauch, reduziert die Abhängigkeit vom Ausland, schont Landschaft und Natur, respektiert Verfassung und Demokratie. Wirklich? Leider nein.

2 7 0

Philipp Gut

Vor 12 Stunden

Glaubt man seinen Befürwortern, dann ist das neue Stromgesetz ein wahres Wunderwerk der Politik und der Physik und der Wirtschaft und der Wissenschaft: Es rettet das Weltklima – drunter geht's heutzutage nicht –, versorgt die Schweiz mit sicherem und erst noch kostengünstigem Strom, verringert gleichzeitig den Verbrauch, reduziert die Abhängigkeit vom Ausland, vollendet die Energiewende, schützt Landschaft und Natur, respektiert Verfassung und Demokratie et cetera.

In diesem Sinne und darüber hinaus verspricht das Ja-Komitee eine «zuverlässige» und «bezahlbare» Stromversorgung, «mehr Strom vor allem im Winter», «hohe Lebensqualität», «Wohlstand», «Schutz für Natur und Landschaft» sowie «keine neuen Abgaben» und «stabilere Preise». Was, wenn das alles wahr wäre, wollte man mehr?

Dieses Gesetz ist ein bürokratisches Monstrum, ein fauler und zum Himmel stinkender Kompromiss.

Der Haken an der Sache ist bloss: Bei diesem Evangelium der Energiezukunft ist so vieles so verdreht, so unseriös, so wacklig schon in den Grundannahmen, dass man fast nicht weiss, wo man mit dem Realitäts-Check beginnen soll. Dieses Gesetz, das soll hier gezeigt und belegt werden, ist vielmehr ein bürokratisches Monstrum, ein fauler und zum Himmel stinkender Kompromiss, ein Kostentreiber für Strompreise und Steuern sowie eine Gefahr für Landschaft, Natur, Föderalismus und direkte Demokratie. Seinen Hauptzweck – eine sichere Stromversorgung zu vernünftigen Preisen – kann es nicht gewährleisten. Von ihm profitieren nicht Mensch, Tier, Natur, wie das die Befürworter mit ihren idyllischen Inseraten und Plakaten suggerieren, sondern die grossen Stromkonzerne. Fangen wir doch gleich mit ihnen an.

Die Profiteure — Die glühendsten Befürworter des Gesetzes, die auch am meisten Mittel in die millionenteure Kampagne stecken, sind die staatlichen Stromriesen wie Axpo, Alpiq, BKW oder Repower. Diese Konzerne schreiben bereits heute, wie die *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* meldet, «Monstergewinne» im Milliardenbereich. Nun haben sie Lunte gerochen: Das Stromgesetz wird sie noch viel reicher machen. Die verfügte Umstellung auf erneuerbare Energien und der fulminant steigende Stromverbrauch im Zuge des Ausstiegs aus der Kernenergie und der forcierten Elektrifizierung machen das Stromgeschäft zu einer Boombranche mit Staatsgarantie, zu einem bombensicheren Wachstumsmarkt.

Und das Beste kommt noch: Das Stromgesetz sorgt dafür, dass die Strombarone einen Grossteil der Investitionskosten für die neuen Goldesel-Anlagen nicht selbst tragen müssen. Dafür müssen die Steuerzahler aufkommen. Diese übernehmen, so steht es im Gesetz, bis zu 60 Prozent dieser Kosten, die in die Milliarden gehen werden, immer wieder, auf Jahre und Jahrzehnte hinaus. Kein Wunder, stecken die Stromkonzerne Millionen in den Abstimmungskampf – bei einem Ja kriegen sie's tausendfach zurück.

Die Steuerzahler übernehmen bis zu 60 Prozent dieser Kosten, die in die Milliarden gehen werden.

Wer zahlt? — Gleichzeitig, und das macht das Ganze umso stossender, müssen die Konsumenten, die privaten Haushalte, die Familien, die Unternehmer «Rekordpreise» *(NZZ)* für den Strom bezahlen. Den Milliardengewinnen der Strombarone stehen schon jetzt schmerzhafte, für viele – etwa die stromintensive Stahlindustrie – nicht mehr verkraftbare Mehrkosten am anderen Ende der Leitung gegenüber. In einzelnen Gemeinden haben sich die Strompreise mehr als verdoppelt. Das drückt den Bäcker genauso wie die junge Familie mit Kindern.

Dieses windschiefe System, diese durch Fehlanreize geschaffene und gesteigerte Disbalance wird mit dem Stromgesetz noch zementiert und ausgebaut. Interessanterweise hört man aber selbst von der Linken, die sonst immer zuvorderst gegen «Abzocker» und «Profit» wettert und einen Kaufkraftverlust der Bürger und Konsumenten beklagt (wie im letzten Wahlkampf), dazu keinen Mucks. Wie war das noch mal mit der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste und Kosten?

Die grosse Preisfrage — Bei den Preisversprechen der Energiewender ist Vorsicht geboten, das lehrt die Erfahrung. Als es um die Abstimmung zur Energiestrategie 2050 ging, versprach die damalige Bundesrätin Doris Leuthard (CVP/Mitte), die Kosten pro Person würden höchstens um 40 Franken steigen. Seither sind die Kosten explodiert. Heute versprechen die Befürworter des Stromgesetzes, das die krachend gescheiterte «Energiewende» mit noch mehr Staatsinterventionismus bewerkstelligen soll, die Kosten würden «nicht erhöht» und es werde erst noch «mehr Preisstabilität» geben, wie SP-Nationalrätin Nadine Masshardt in der «Arena» des Schweizer Radios und Fernsehens (SRF) verkündete.

Nun: Bereits ganz grob gerechnet bleibt es ein Rätsel, wie ein derart monströses Subventionsgesetz ohne Kostenfolgen für die öffentliche Hand, die Steuerzahler, die Konsumenten auskommen soll. Auf dem höchst volatilen, komplizierten Energiemarkt und in einem von Kriegen und Krisen geprägten internationalen Umfeld «Preisstabilität» zu versprechen, klingt auch nicht allzu glaubwürdig.

Hinzu kommen, ganz konkret, der «milliardenschwere Ausbau» des Stromnetzes, das viel mehr wird leisten müssen als heute – «und das wird teuer für die Kundinnen und Kunden» (O-Ton SRF). Gemäss dem Bundesamt für Energie, auch eine unverdächtige Quelle, werden die Netzkosten «rasant steigen». Allein der dezentrale Ausbau und die Erneuerung des Netzes würden 37 Milliarden Franken verschlingen. Und wer zahlt's? Die Haushalte und die Unternehmen mit ihrer Stromrechnung. Pro Person macht das 4000 Franken.

Während also die Konsumenten die Zeche bezahlen, werden die Stromkonzerne auch hier wiederum bevorzugt, und sie können sich, bildlich gesprochen, ins Fäustchen lachen, während sich die andere Hand den Steuergeldsack krallt. Denn, so formuliert es das durchaus nicht als überstaatskritisch bekannte Staatsfernsehen: Der Staat «garantiert den Betreibern sogar eine bestimmte Rendite auf das ins Netz investierte Kapital». Es bestehe «eine Art Gewinngarantie», kritisiert Alexander Keberle vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse im SRF-Beitrag vom Januar 2023. Das hindert Economiesuisse freilich nicht daran, heute selbst viel Kapital in die Ja-Kampagne für das Stromgesetz zu pumpen und dafür zu weibeln, dass die Stromkonzerne garantiert noch höhere garantierte Gewinne machen. Verstehe das, wer will. Geldes Wege sind unergründlich.

Flatterstrom ist das Gegenteil von solid — «Zuverlässig» und «sicher» soll der Strom sein, den das Stromgesetz bringt. Dabei setzt es neben einigen Wasserkraftprojekten im grossen Stil auf Wind- und Solaranlagen. Diese sind jedoch notorisch unzuverlässig und unsicher. Windet es nicht, gibt es keinen Strom. Scheint die Sonne nicht, gibt es keinen Strom. Scheint die Sonne, liegt aber Schnee auf den Kollektoren, gibt es auch keinen Strom. So war das am 22. April dieses Jahres, schon mitten im Abstimmungskampf, als es in der Schweiz zu einem Beinahe-Blackout kam. Nur mit einer Notoperation und der Bezahlung von «astronomischen 12 000 Euro» *(NZZ)* für eine Megawattstunde an der Strombörse – normal sind rund 70 Euro – konnte eine Katastrophe verhindert werden.

Der Staat «garantiert den Betreibern sogar eine bestimmte Rendite auf das ins Netz investierte Kapital».

Flatterstrom aus Wind- und Solarenergie ist per definitionem das Gegenteil dessen, was die Befürworter verkünden, darum heisst er ja so (der Begriff meint die Schwankungen in der Stromerzeugung als Ergebnis von äusseren Faktoren, wie zum Beispiel Wetterbedingungen und Tageszeiten). Auf diesem schwankenden Grund eine solide Stromversorgung zu versprechen, ist gelinde gesagt gewagt. Auch wie sich die Abhängigkeit von Importstrom (Kohlestrom aus Deutschland, Atomstrom aus Frankreich) damit verringern lässt, muss offenbleiben.

Kaum Volllast, teure Speicherung, fehlende Bandenergie — Dies ist der Moment, um etwas technisch zu werden. Was der Schweiz in Zukunft vermehrt fehlen wird, ist die sogenannte Bandenergie. Das ist konstant produzierter Strom, der den Grundbedarf an Elektrizität deckt. «In der Schweiz stellen Laufwasserkraftwerke sowie die Kernenergie diese wichtige Grundabdeckung sicher», schreibt die Axpo, auch sie eine unverdächtige Quelle. Das Stromgesetz baut aber bekanntlich weder auf Laufwasserkraftwerke noch auf Kernenergie. Es fördert bloss teuren und unzuverlässigen Flatterstrom. Stromlücken im Winter sind, wenn nicht programmiert, dann eine ernstzunehmende Gefahr.

Flatterstrom – und das ist das, was das Stromgesetz produziert – ist Gift für die Bandenergie.

Jeder weiss in diesem Zusammenhang: Die Schweiz ist kein Windland. Und auch die Fotovoltaik hat, besonders im Mittelland, sehr wenige Volllaststunden. Damit bezeichnet man ein Mass für den Nutzungsgrad einer Anlage. Zitieren wir die *NZZ*: Durchschnittlich erreichen Solaranlagen in der Schweiz «nur rund 900 Volllaststunden in den insgesamt 8760 Stunden eines Jahres. Bei Kernkraftwerken liegt dieser Wert bei 8000 Stunden. Das bedeutet: Die Photovoltaik produziert die meiste Zeit nur wenig Strom und in wenigen Stunden sehr hohe Stromspitzen.»

Flatterstrom – und das ist das, was das Stromgesetz produziert – ist Gift für die Bandenergie. Vor allem im Winter, wo wir mehr zuverlässigen Strom brauchen, ist von den Solarkraftwerken wenig zu erwarten. Im Winterhalbjahr beträgt ihre Produktion höchstens ein Drittel der Jahresproduktion.

Schlaumeier, Futuristen, Fantasten kommen hier mit dem Trick der «Speicherung». So soll die fotovoltaische Sommerproduktion etwa mittels Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt werden – und im Winter soll dann der Wasserstoff wieder in Elektrizität zurückverwandelt werden. Diese Prozesskette hat aber einen sehr geringen Wirkungsgrad. Nicht gering sind die Kosten: Sie bleiben auf absehbare Zeit exorbitant hoch.

Verschandelung der Landschaft, Zerstörung der Natur — Zu den Rätseln dieser Vorlage gehört, dass so viele grosse Umweltorganisationen von WWF über Greenpeace bis zur Stiftung Landschaftsschutz Schweiz sie unterstützen. Denn es gab kaum je ein Gesetz, das so radikal in den Natur- und Landschaftsschutz und in die über Jahrzehnte demokratisch gereifte Rechtsetzung eingreift wie dieses. Es erlaubt den Bau von riesigen, weit über 200 Meter hohen Windturbinen in Wäldern, samt Rodungen, Zufahrtsstrassen und Tausenden Tonnen Beton und Stahl. Grosse Energieanlagen dürfen künftig sogar in den wertvollsten und besonders geschützten Gebieten errichtet werden, die im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (BLN) aufgeführt sind.

Wohin die Reise geht, zeigt sich bereits ansatzweise – und das genügt, um die Dimensionen zu erahnen. Der Kanton Graubünden hat in seinem Richtplan 25 Windparkzonen bezeichnet, alle in Tourismusgebieten, alle exponiert, alle weitherum sichtbar. Der Kanton Zürich plant schon jetzt 120 Windräder, weitere Kantone ebenfalls Dutzende und Aberdutzende. Allein in der Romandie seien 359 Anlagen vorgesehen, sagt Vera Weber, die mit ihrer Fondation Franz Weber das Stromgesetz aus Natur- und Landschaftsschutzgründen bekämpft. Und das ist erst der Anfang.

9000 oder 200 Windräder? — Das führt uns zur Frage, wie viele Wind- und Solarparks dereinst gebaut werden. Das Stromgesetz gibt hier eine planwirtschaftlich anmutende Vorgabe: Die Stromproduktion aus diesen Quellen soll im Jahr 2035 bei 35 Terawattstunden und im Jahr 2050 bei 45 Terawattstunden liegen. Heute sind es 6 Terawattstunden. Das gibt schon mal ein Gefühl für das gigantische Ausbauvolumen. In Zahlen wären das: 9000 Windräder oder fünfmal die Fläche des Zürichsees an Solarpaneelen, wie die SVP-Nationalrätin und EMS-Chemie-Chefin Magdalena Martullo-Blocher vorrechnet.

Angesichts dessen mutet es merkwürdig an, dass ihr Parteikollege Bundesrat Albert Rösti, der die Vorlage von seiner SP-Vorgängerin Simonetta Sommaruga übernommen hat und nun auch gegen parteiinternen Widerstand verteidigt oder verteidigen muss, bloss von 150 bis 200 neuen Windrädern spricht. Wie damit die Produktion auf das vorgeschriebene Niveau vervielfacht werden können soll, bleibt sein Geheimnis.

Die Demokratie wird ausgehebelt — Bleiben wir noch kurz bei Rösti. In der «Arena» machte er die Aussage, die Mitbestimmung der Gemeinden werde durch das Stromgesetz «nicht touchiert». Auch dies verwundert: Schliesslich ist es ja gerade das erklärte zentrale Anliegen dieses Gesetzes, den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen, indem die Mit- und Einspracherechte zurückgestutzt werden. Das «nationale Interesse» an der Stromerzeugung geht neu grundsätzlich allen anderen Interessen vor. Die Kantone sind angehalten, in ihren Richtplänen «geeignete Gebiete» auszusondern und die Realisierung der Projekte voranzutreiben. Schon heute können Gemeinden wie das luzernische Rickenbach (Windpark Stierenberg) ein Lied davon singen.

In einem Gutachten im Auftrag des Verbands Freie Landschaft Schweiz kommt der Aargauer Baurechtsspezialist und FDP-Grossrat Lukas Pfisterer zu glasklaren Schlüssen: «Die Demokratie in den Gemeinden würde ausgehebelt.» Abstimmungen für Schutzzonen vor den Windanlagen «dürften damit ausgeschlossen werden». Kommunale Interessen, also die Interessen der Betroffenen, hätten «künftig kaum mehr eine Chance». Lokale oder regionale Interessen müssten «dem nationalen Strominteresse weichen».

Selbst wenn formell weiter Einsprachemöglichkeiten bestehen, ist anzunehmen, dass die Gerichte sich überwiegend an die Vorgaben des Gesetzes (übergeordnetes Interesse!) halten werden.

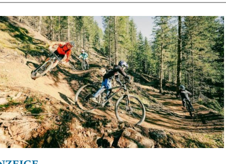
Abstimmungen für Schutzzonen vor den Windanlagen «dürften damit ausgeschlossen werden».

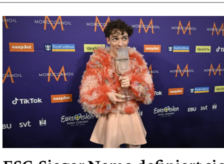
Kommt hinzu, dass das Stromgesetz auch bevormundend direkt in die Lebens- und Verbrauchsentscheide der Bürger eingreift. Die Politik soll «Ziele und Massnahmen» definieren, damit der Energieverbrauch pro Person bis 2050 halbiert wird. Spuren wir nicht freiwillig, hat der Gesetzgeber vorgesorgt: In jeden Haushalt müssen sogenannte Smart Meter eingebaut werden, mit denen die Stromversorger nicht nur permanent unseren Verbrauch überwachen, sondern ihn auch «flexibilisieren» und notfalls kontingentieren lassen können.

Halten wir fest: Klimatisch («Klimaschutz!») bringt dieses Stromgesetz rein gar nichts (wie sollte es auch?). Versorgungstechnisch («zuverlässig» und «sicher») sind die Aussichten mehr als flattrig. Beim Natur- und Landschaftsschutz drohen schwerwiegende Eingriffe. Politisch und juristisch werden die Betroffenen entmachtet, wird am föderalistischen Fundament der Eidgenossenschaft gerüttelt – zugunsten zentralistischer Steuerung. Und bezahlen müssen das alles die Bürger, die Steuerzahler, die Konsumenten.

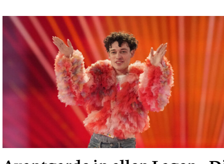
Will das Volk wirklich noch höhere Strompreise? Will es, dass die «Monstergewinne» der Strombarone noch monströser werden? Will es noch mehr Steuermilliarden für Subventionen und Gewinngarantien der Konzerne verbrennen? Am 9. Juni erfahren wir es.

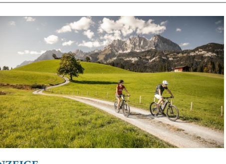
Mehr von dem täglich in Ihrer Mail-Box:
Vor- & Nachnamen | Email | Newsletter abonnieren


ANZEIGE
Das Pitztal im Sommer – Vielfalt abseits der Ferienmassen in perfekter Bergfreiheit.


ESC-Sieger Nemo definiert sich als nonbinär. Das gilt als hip und fortschrittlich. Dabei ist es ein zutiefst biologistisches und reaktionäres Konzept. Am Ende bleiben übrig: «echte» Männer und Nichtbinäre. Und das ist kein Fortschritt, sondern Rückschritt - Die Weltwoche

ANZEIGE
Einblick per Mausklick – Online-Infoanlass an der OST – Ostschweizer Fachhochschule

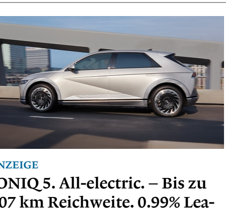

Avantgarde in allen Lagen - Die Weltwoche

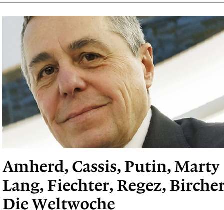

ANZEIGE
Ferien in St. Johann/Tirol – Wandern, Velofahren, Ausflugsziele uvm. machen die Ferien zum Erlebnis

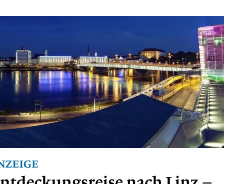
«ESC: Bleib fern von Bern!»: Für seinen Klartext wird der Berner Regierungs-Präsident Müller gerade von allen Seiten kritisiert. Dabei hat der FDP-Mann recht - Die Weltwoche

ANZEIGE
Neuer glo™ Hyper Pro – Ein deutlich besseres Erlebnis und intensiverer Geschmack.

Bundesrat Rösti irrt: Warum das neue Stromgesetz, über das wir am 9. Juni abstimmen, nicht funktionieren wird - Die Weltwoche


ANZEIGE
IONIQ 5. All-electric. – Bis zu 507 km Reichweite. 0.99% Leasing oder attraktive Lagerprämie.


Amherd, Cassis, Putin, Marty Lang, Fiechter, Regez, Bircher - Die Weltwoche


ANZEIGE
Entdeckungsreise nach Linz – Kraft der Donau, Weitblick am Pöstlingberg & die Zukunft in den Museen

Sibel Arslan erklärt die Schweiz «im internationalen Vergleich» als rückständig, weil es hier amtlich kein drittes Geschlecht gibt. Wie steht es um den Vergleich mit ihrem Herkunftsland? - Die Weltwoche

3 Kommentare zu "Röstis Stromausfall"

balthasar
23. Mai 2024 um 7:31 Uhr

Ein Problem, dass wir unter all diesem Blödsinn vergessen ist, dass gerade die Babyboomer mit ihrer Voraussicht aufs Alter, dessen sie sich bewusst waren mit Sicht auf ihre Eltern etwas besseres kreieren zu wollten. Nun haben wir eine Eierlegende….Generation erschaffen, die es auch gemütlicher nehmen können , worüber wir uns demütig erniedrigen sollten. Und nur aus dem ganzen wohl gemeinten Überfluss stehen wir heute vor solchen Problemen - „Sorry" Herausforderungen. Die Welt geht nicht unter.

Antworten 0 0

fmj
22. Mai 2024 um 21:12 Uhr

Die Befürworter dieses Gesetzes weigern sich, physikalische Gesetzmässigkeiten anzuerkennen, nur weil diese ihren so hehren Überzeugungen entgegenstehen.

Der Mensch ist das einzige Säugetier, das sich selber belügen kann und damit stets Schiffbruch erleidet.

BANDENERGIE brauchen wir.

Die Rösti-Redli und Panels mögen gut sein. Sie verschandeln unsere Natur – für immer – und zerstören den Boden der Bauern in Südamerika.
Hauptsache, wir haben «sauberen» Strom von unsauber Denkenden!

Antworten 1 0

bmillerXX
22. Mai 2024 um 19:29 Uhr

Die eierlegende Wollmilchsau ist ein Märchengeschöpf, so auch das neue Energiegesetz , das uns Herr Rösti hier andrehen will. Die Frage ist, warum nur will er das?

Antworten 1 0

SCHREIBEN SIE EINEN KOMMENTAR

500 Zeichen verbleiben

Kommentar abschicken

Bitte beachten Sie die Netiquette-Regeln beim Schreiben von Kommentaren.

Den Prozess der Weltwoche-Kommentarprüfung machen wir in dieser Erklärung transparent.